

„Kriegsgefahr so hoch wie nie zuvor“

Verteidigung Die Bedrohung durch Russland wächst, während die USA sich abwenden. Wie kann die EU ihre Verteidigungsfähigkeit stärken? Antworten gab es in Aalen von Bundeswehr und der EU. *Von Martin Simon*

Aalen

Droht ein Krieg? Wie verteidigungsfähig sind EU und Nato, nachdem die USA sich abwenden? Brennende Fragen, kein Wunder, dass es am Donnerstagabend im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes keinen freien Platz mehr gab.

Das große Publikum hoffte auf Antworten des Generalinspektors der Bundeswehr, Carsten Breuer. Der musste kurzfristig zur EU nach Brüssel. So gaben Breuers Stellvertreter, Generalleutnant Andreas Hoppe, und Wolfgang Bücherl, der Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission für Baden-Württemberg und Bayern Antworten.

„Wir haben weder Kaserne noch Ausbilder. Wo sollten wir 200.000 Rekruten unterbringen?“

Andreas Hoppe

Stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr

Kriegsgefahr ist gewachsen, die Bedrohung kommt aus Russland

Die EU-Lage: Nie sei die Kriegsgefahr in den vergangenen 40 Jahren größer gewesen als heute, sagte Hoppe. Die Bedrohung gehe von Putin aus. Deutschland und die EU müssten noch viel erledigen für eine wirksame Verteidigung, denn nur die schrecke ihn ab.

Frieden herrsche längst nicht mehr in Deutschland, sagte Hoppe. Täglich gebe es Cyberangriffe, Sabotageakte, Desinformationskampagnen aus Russland. Putin wolle spalten, er sehe Nato und EU als Feinde und wolle eine neue Weltordnung. Deutschland als Drehscheibe für Truppenverschiebungen und als größten Ukraine-Unterstützer nach den USA habe er besonders im Visier.



Carla Sappok, Wolfgang Bücherl und Generalleutnant Andreas Hoppe (v.l.n.r.) bei der Podiumsdiskussion im Aalener Landratsamt.

Foto: Holger Bewersdorf

Die Weltlage: China blicke sehr genau auf den Ukraine-Krieg. Komme Putin hier durch, werde Peking daraus eine Lehre ziehen, die uns nicht gefalle, warnte Hoppe.

Die Achse der Autokraten mit Russland, China, Nordkorea, Iran unterhöhle die regelbasierte Ordnung, gleichzeitig wende sich die USA unter Trump rasant ab und hinterlasse ein Vakuum, das die EU dringend füllen müsse. „Zeitenwende 2.0“ nennt das Hoppe.

Russland füllt mit Hochdruck sein Kriegsarsenal auf

Russland rüstet auf: Putin habe Russland komplett auf Kriegswirtschaft umgestellt. Produziert würden aber viel mehr Rüstungsgüter, als in der Ukraine verwendet würden. Putin fülle seine Magazine. Bis 2029 sei Russland wohl in der Lage, ein Nato-Mitglied anzugreifen, sagte Hoppe.

Im Angriffskrieg auf die Ukraine seien bislang 900.000

Russen gefallen oder verwundet worden. Dennoch werde Putins Armee bis 2026 wohl 1,5 Millionen Soldaten haben. Alle Armeen der EU zusammengenommen zählten 1,3 Millionen Köpfe.

Die EU hat die Bedrohung realisiert und muss ins Handeln kommen

Was die EU tun sollte: Die EU müsse an eigene Verteidigung ohne die USA denken und handeln. Bedroht seien auch Nicht-EU- und Nicht-Nato-Länder. Kooperationen mit Großbritannien, der Schweiz, Norwegen oder Österreich seien zwingend,

meint Hoppe. Die EU-Wirtschaft liefere top Technik in der Rüstungsindustrie. „Die Qualität stimmt, nun müssen wir an die Quantität“, sagte Hoppe und nannte Beispiele. So passe die Munition für eine deutsche Haubitze nicht in eine niederländische Haubitze des gleichen Herstellers.

In Deutschland sei mehr von allem, „Land, Luft, See und Cyber“ nötig, sagt Hoppe.

Zudem müsse in der Gesellschaft ankommen, „dass die Sicherheit nicht allein auf den Schultern der Armee ruht, sondern auf allen. Wir müssen dahin

Das unternimmt die EU aktuell in der Bedrohungslage

Laut Wolfgang Bücherl nimmt die EU rund 11,5 Milliarden Kredite auf und werde das Geld Mitgliedsstaaten für Aufrüstung zur Ver-

fügung stellen. Erstmals gebe es einen EU-Kommissar für Verteidigung.

Für Staaten, die jetzt aufrüsten, würden diese

Summen aus den Kriterien für Verschuldung herausgerechnet. Kooperation, das Schließen von Fähigkeitslücken, die Stärkung der

kommen, dass sich jeder fragt, wo ist mein Platz, wenn es gilt. Wir brauchen alle, auch für Feuerwehr, DRK oder THW“, sagt der ehemalige Kampfpilot Hoppe.

Wehrpflicht wird kommen, aber noch fehlen die Strukturen

Wehrpflicht: Eine sofortige Rückkehr zur Wehrpflicht bringe nichts. „Wir haben weder Kaserne noch Ausbilder. Wo sollten wir 200.000 Rekruten unterbringen? Das muss erst wieder anlaufen in allen Bereichen“, sagte Hoppe. Was aber jetzt bereits möglich und nötig sei: Die Bundeswehr für Freiwillige noch attraktiver machen.

Sondervermögen: Das erste Sondervermögen Bundeswehr sei investiert worden. In den Jahren 2026 und 2027 werde es einen „beträchtlichen Zuwachs an Gerät und Material“ geben. Das neue Sondervermögen sei dringend nötig, „denn wir hatten von allem zu wenig und das Wenige haben wir der Ukraine gegeben“, sagte Hoppe.

Die Rolle der USA: Die USA blieben Partner in der Nato. Die Truppe stehe ohnehin an der Seite Europas, berichtete Hoppe vom Austausch auf persönlicher Ebene. Klar sei aber, dass am Ende die Staatspräsidenten entscheiden.

Am Ende bedankte sich „Gastgeber“ Landrat Dr. Joachim Bläse bei allen im Saal, aber auch bei den knapp 20 Leuten der Mutlanger Friedenshütte. Die machten am Eingang auf Transparenten deutlich, dass für sie Deeskalation sind und Aufrüstung ihrer Ansicht nach nicht die Antwort auf die Krisen ist. „Zur Demokratie gehört, dass man anderer Meinung sein darf“, sagte Bläse.

Veranstaltet hat den Abend die Gesellschaft für Sicherheitspolitik Ostwürttemberg mit Sektionsleiter Gerhard Ziegelbauer an der Spitze sowie der Euro-Point Ostalb. Die Journalistin Carla Sappok moderierte. Musik lieferte ein Bläserquintett des Heeresmusikregiments Ulm.